

## WAHLEN

## BUNDESTAG

## LANDTAGE

## KOMMUNEN

## EU

## ARCHIV

## WIR ÜBER UNS

[Abgeordnete](#)
[Abstimmungen](#)
[Ausschüsse](#)
[Wahlrecht](#)
[Grußwort](#)

[Startseite](#) ▶ [Bundestag](#) ▶ [Abstimmungen](#) ▶ [Einführung bundesweiter Volksentscheide](#)

## Einführung bundesweiter Volksentscheide



Foto: nullprozent / flickr

Die Linke ist mit einem Antrag gescheitert, bundesweite Volksentscheide in die Verfassung aufzunehmen. CDU/CSU, FDP und SPD stimmten gegen den Entwurf, die Grünen enthielten sich der Stimme.

### Abstimmungsergebnis

<input type="text"/>	
<u>zugestimmt</u>	9,81 % / 61 Stimmen
<input type="text"/>	
<u>dagegen gestimmt</u>	64,31 % / 400 Stimmen
<input type="text"/>	
<u>enthalten</u>	10,13 % / 63 Stimmen
<input type="text"/>	
<u>nicht beteiligt</u>	15,76 % / 98 Stimmen

### Hintergrundinformationen

#### Zur Abstimmung

#### Abstimmungsverhalten

Aus Sicht der Linken gibt es derzeit eine Politik, die "teilweise von den Problemen der Menschen abgehoben" ist. Auch der Lobbyismus und eine "(selbstgemachte) Zeitnot" im parlamentarischen Betrieb stelle ein Problem dar. Insgesamt würden viele Menschen von der Einflussnahme ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund schlägt Die Linke die Aufnahme einer bundesweiten, dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz vor. Die Verfassung soll danach u.a. um die folgenden Absätze ergänzt werden:

- Stufe 1: Volksinitiative:** "Durch Volksinitiative können **100 000 Wahlberechtigte** beim Bundestag Gesetzesvorlagen und andere bestimmte Gegenstände der politischen Willensbildung in den Bundestag einbringen. Die Vertrauensleute der Volksinitiative haben das Recht auf Anhörung im Bundestag und seinen Ausschüssen. Volksinitiativen, durch die die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, sowie zum Haushaltsgesetz sind unzulässig. Volksinitiativen zur Änderung des Grundgesetzes dürfen kein Grundrecht in seinem Gehalt antasten. Der Bundestag beschließt innerhalb einer Frist von vier Monaten über die Zulässigkeit und den Inhalt der Volksinitiative; dabei ist dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Entscheidung über die Unzulässigkeit ist zu begründen. Soweit eine erfolgreiche Volksinitiative für unzulässig erklärt wird, steht den Vertrauenspersonen gegen diese Entscheidung der Rechtsweg zum Bundesverfassungsgericht offen."
- Stufe 2: Volksbegehren:** "Frühestens zwei Monate nach der Ablehnung der Volksinitiative durch den Bundestag haben deren Vertrauensleute das Recht, ein Volksbegehren einzuleiten. Das Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn mindestens **eine Million Wahlberechtigte** innerhalb von sechs Monaten dem Volksbegehren zugestimmt haben. Ein Volksbegehren, das eine Änderung des Grundgesetzes anstrebt, bedarf der Zustimmung von zwei Millionen Wahlberechtigten.
- Stufe 3: Volksentscheid:** "Entspricht der Bundestag nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten dem Volksbegehren, so findet frühestens vier Monate, spätestens zwölf Monate nach dem Abschluss eines erfolgreichen Volksbegehrens ein Volksentscheid statt. Die Fraktionen des Bundestages können eigene Gesetzesvorlagen zum selben Gegenstand zur Abstimmung stellen. Der Bundestag kann mit der Mehrheit seiner Abgeordneten beschließen, einen Volksentscheid zu einem von ihm behandelten politischen Gegenstand durchführen zu lassen. Drei Wochen nach Festlegung des Wahltermins zum Bundestag hat jede Fraktion des

#### CDU

<input type="text"/>	
<u>dagegen gestimmt</u>	91,24 % / 177 Stimmen
<input type="text"/>	
<u>nicht beteiligt</u>	8,76 % / 17 Stimmen

#### SPD

<input type="text"/>	
<u>dagegen gestimmt</u>	72,60 % / 106 Stimmen
<input type="text"/>	
<u>nicht beteiligt</u>	27,40 % / 40 Stimmen

#### FDP

<input type="text"/>	
<u>dagegen gestimmt</u>	87,10 % / 81 Stimmen
<input type="text"/>	
<u>nicht beteiligt</u>	12,90 % / 12 Stimmen

#### DIE LINKE

<input type="text"/>	
<u>zugestimmt</u>	80,26 % / 61 Stimmen
<input type="text"/>	
<u>enthalten</u>	1,32 % / Eine Stimme
<input type="text"/>	
<u>nicht beteiligt</u>	18,42 % / 14 Stimmen

Bundestages das Recht, eine Sachfrage zur Abstimmung am Wahltermin vorzuschlagen. Das Bundesverfassungsgericht hat unverzüglich zu entscheiden, ob die Antwort mit "Ja" oder "Nein" grundgesetzkonform ist. Verneint das Bundesverfassungsgericht dies, hat die betreffende Fraktion die Möglichkeit, innerhalb von drei Wochen die Frage grundgesetzkonform zu formulieren oder eine neue Sachfrage vorzulegen. Der gewählte Bundestag ist für seine Wahlperiode an die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger in diesen Fragen gebunden. Eine Gesetzesvorlage oder ein anderer bestimmter Gegenstand der politischen Willensbildung sind durch Volksentscheid angenommen, wenn **die Mehrheit der Abstimmenden** zugestimmt hat. Es zählen nur die gültigen Ja- und Nein-Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist der Entwurf abgelehnt. Bei Gesetzen, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, gilt das Ergebnis der Abstimmung in einem Land als Abgabe seiner Bundesratsstimmen. Ein das Grundgesetz änderndes Gesetz bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten muss seine Stimme abgegeben haben."

FDP, SPD und Grüne sind zwar grundsätzlich für Volksentscheide auf Bundesebene (mehr dazu bei [Mehr Demokratie e.V.](#)), lehnen den Linken-Antrag aber dennoch ab bzw. enthielten sich bei der Abstimmung.

Die FDP verweist gemeinsam mit CDU/CSU auf den gemeinsamen Koalitionsvertrag. Die Regierungsparteien setzen darin unter dem Stichwort "Bürgerbeteiligung" auf eine Weiterentwicklung und Verbesserung des Petitionswesens.

Die SPD begründete ihre Ablehnung des Linken-Antrags [im Innenausschuss des Bundestags \(pdf\)](#) mit den "viel zu niedrigen Quoren, insbesondere der Zahl von 100 000 Wahlberechtigten für die erfolgreiche Einbringung einer Volksinitiative sowie die Verknüpfung der Bundestagswahl mit der Abstimmung über Sachfragen." Überdies sehen die Sozialdemokraten "zurzeit wenig Sinn in einem solchen Vorstoß, da ohnehin klar sei, dass er wegen der Verweigerung der Fraktion der CDU/CSU keine Aussicht auf Erfolg habe."

Die Grünen enthielten sich der Stimme, auch sie halten das Quorum von 100.000 Wahlberechtigten für zu niedrig. Bei plebiszitären Verfahren müsse es ein repräsentatives Element geben. Außerdem erfolge der Übergang von durch den Bundestag abgelehnter Volksinitiative zum Volksbegehren und dann später ggf. zum Volksentscheid aus Sicht der Grünen zu schnell.

#### GRÜNE

[dagegen gestimmt](#)  
1,47 % / Eine Stimme

[enthalten](#)  
91,18 % / 62 Stimmen

[nicht beteiligt](#)  
7,35 % / 5 Stimmen

#### CSU

[dagegen gestimmt](#)  
77,78 % / 35 Stimmen

[nicht beteiligt](#)  
22,22 % / 10 Stimmen

#### Weiterführende Links:

- [Der Antrag der Linkspartei im Wortlaut \(pdf\)](#)
- [Die Begründungen der Fraktionen zu ihrem Abstimmungsverhalten \(s. Seite 4\) \(pdf\)](#)
- [Wie dem Bundestag bei einer Verfassungsänderung die Abgeordneten abhandeln kamen \(abgeordnetenwatch.de-Blog\)](#)
- [Die Positionen der Parteien zum bundesweiten Volksentscheid auf den Seiten von Mehr Demokratie e.V.](#)

#### Kommentare von Besuchern zur Abstimmung

##### Kommentar #47

- 1.) Politiker müssen keine Leistung bestätigen über spezielle Fachkenntnis, Intelligenz oder besonderes Soziales Verhalten
- 2.) 100.000 Menschen sind zwar auf Deutschland bezogen eine kleine Anzahl an Menschen, aber wenn man davon ausgeht, dass diese Stimmen erst einmal gesammelt werden müssen und selbst bei Online Petitionen soviel nicht zusammen kommt und auch die einfache Bürgerbewegung eine Chance haben soll ohne große Finanz und Werbemittel einen Volksentscheid in Gangsetzen zu können dann ist 100.000 doch nicht so unrealistisch. Bis zur einer Million Unterschriften halte ich es aber dennoch für angemessen. Alles was darüber liegt, kann nicht mehr einfach so gesammelt werden durch ein paar Freiwillige die etwas erreichen wollen.
- 3.) Die Parteien hängen an ihrer Macht, sie haben angst das Volk könnte anderer

Meinung sein. Aber warum ist das so? Da gibt es die Möglichkeit das Volk ist so Dumm das es keine Zusammenhänge versteht oder die Politiker müssen vorallem Lobbyisten Meinungen vertreten, die nicht der mehrheitlichen Meinung entsprechen.

4.) Demokratie ist nicht die beste Lösung zur bewältigung der Probleme. Aber sie ist die einzige Form, die Gerech ist, bei der sich jeder Beteiligten kann und bei der das Volk sich verantwortlich zeigt und nicht ein paar Schlippsträger. Parlamentarische Demokratie, ist nicht wirklich eine Demokratie, sie ist eher eine Diktatur mit Zeitlicher Begrenzung, die vorallem an den Übergangszeiten zur Wahl versucht ihre Wähler zugewinnen und ansonsten ohne Volkes Meinung regiert.

von: Demokrat

am: 18.11.2011 14:57

#### Kommentar #46

100.000 Menschen. Das sind gerade mal 0,13% der deutschen Bürger. 2 Millionen Menschen sind gerade mal 2,5% der Deutschen Bürger. Diese Zahlen sind wahnsinnig viel zu gering.

Außerdem hat es schon seinen Grund, warum wir Fachleute, mit der Gesetzgebung beauftragen, die sich damit auskennen, und denen wir vertrauen können. (Zumindest sollte man nur Politikern die eigene Stimme geben, denen man vertraut.)

von: Victor

am: 01.11.2011 15:19

#### Kommentar #45

also ab jetzt immer Linke (oder Piraten) wählen. mit diesem Abstimmungsergebnis haben sich CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNE praktisch disqualifiziert

von: N. Schröder

am: 08.10.2011 02:42

#### Kommentar #44

Bei derartigem Abstimmverhalten zeigt sich wie weit die Bundespolitik vom Volk entfernt ist... Ich denke die Entfernung zum Mars könnte vergleichbar sein...

Wie war das noch alle Macht geht vom Volke aus?

NEIN !das ist keine Demokratie mehr es gleicht eher einer Lehensherrschaft.

Ich wünsche den momentan Regierenden eine baldige Abwahl und der SPD erneuten hohen Stimmenverlust.

von: Steff

am: 22.09.2011 18:28

#### Kommentar #43

Dieses Abstimmungsverhalten ist ein Skandal. Und ich verstehe nicht, wie das 90% der Abgeordneten mit ihrem Gewissen vereinbaren können.

von: N. Paulus

am: 08.09.2011 17:59

**Alle Kommentare anzeigen ▶**

#### Ihr Kommentar zur Abstimmung

Ihr Kommentar

abschicken

#### Wahlen & Parlamente

OB Wahl Mainz  
Saarland  
Schleswig-Holstein  
Bundestag  
Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Hamburg  
Hessen  
Niedersachsen  
NRW  
Schleswig-Holstein  
EU

#### Über das Projekt

Wir über uns  
Kuratorium  
Moderationscodex  
Finanzierung  
Impressum  
Datenschutzerklärung

#### Projekt unterstützen

Projekt unterstützen  
Infopaket bestellen



**abgeordnetenwatch.de ... Transparenz in die Politik zu bringen kostet Geld.**

**Werden Sie jetzt Fördermitglied ▶**

© 2004-2012 Parlamentwatch. Alle Rechte vorbehalten. Server hosted by [ECS Webhosting](#).